

MEINUNGSFREIHEIT IN ÄTHIOPIEN

HINTERGRUND

Anfang des Jahres 2018, nach drei Jahren andauernder Proteste gegen die Regierung, bei denen bis zu 1000 Menschen durch Gewalt der Sicherheitskräfte ums Leben kamen, kündigte der damalige Premierminister Hailemariam Desalegn Reformmaßnahmen sowie die Freilassung von politischen Gefangenen und die Schließung des berüchtigten Gefängnisses Maekelawi an, in dem Gefangene wiederholt gefoltert und misshandelt wurden. Die Regierung ließ circa 7000 Gefangene frei, darunter auch lange festgehaltene Journalist_innen und Oppositionelle.

Die Regierungen Hailemariams und seiner Vorgänger machten sich massiver Menschenrechtsverletzungen schuldig. Besonders im Bereich der Meinungs- und Pressefreiheit war Äthiopien über Jahrzehnte stark eingeschränkt. Seit 2005 waren dutzende Publikationen verboten und Journalist_innen systematisch eingeschüchert, bedroht und mithilfe eines strengen Anti-Terrorismus-Gesetzes verfolgt worden, was einige zur Flucht ins Ausland zwang. Auch wurde das Internet, vor allem ab 2015, regelmäßig abgeschaltet, um Berichterstattung zu erschweren. Im Bereich der Strafverfolgung übte die Regierung politischen Einfluss aus. Über Jahre berichtete Amnesty regelmäßig über Folterpraktiken in äthiopischen Gefängnissen, Polizeistationen und Militäreinrichtungen. Jedoch waren die Verhältnisse in den Gefängnissen auch ohne Folter oft menschenunwürdig. Gefangene hatten meist keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, ihrer Familie, ihren Anwalt_innen oder genügend Essen. Politisch motivierte willkürliche Verhaftungen waren an der Tagesordnung, wobei zehntausende Menschen jahrelang festgehalten wurden. Der Verdacht auf Kontakt zu oppositionellen Gruppen oder die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe (insbesondere den Oromo) reichte aus, um politische Aktivitäten zu unterstellen und verhaftet zu werden. Seit 2006 hatte Äthiopien allen UN-Mitarbeiter_innen, die über die Menschenrechtslage berichten wollten, die Einreise in das Land verwehrt. Auch Amnesty International wurde die Einreise nicht erlaubt.

Am 2. April 2018 wurde Abiy Ahmed von Äthiopiens Volksrepräsentantenhaus zum neuen Premierminister gewählt. Er ist damit der vierte Premierminister, den die Revolutionäre Demokratische Front der Äthiopischen Völker (EPRDF) seit 1991 stellte. Im November 2019 wurde unter der Federführung Abiys die Selbstauflösung der aus verschiedenen ethnisch definierten Einzelteilen zusammengesetzten Regierungskoalition EPRDF beschlossen. In dieser Koalition hatte zuvor die in Tigray regierende Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) über Jahrzehnte hinweg den Ministerpräsidenten gestellt. Das Parteienbündnis wurde ersetzt durch die Wohlstandspartei (Prosperity Party), welche einen neuen äthiopischen Nationalismus jenseits von ethnischen Politiklinien fördern soll. Die TPLF schloss sich nicht der neuen Partei an, in der Opposition und innerhalb der Wohlstandspartei selbst prägen ethnische Konfliktlinien nach wie vor die Zusammenarbeit.

Am 31. März 2020 kündigte der Nationale Wahlausschuss Äthiopiens an, die für Sommer 2020 angesetzten Präsidentschaft- und Parlamentswahlen aufgrund der Covid-19-Pandemie auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Das Parlament stimmte im Mai 2020 zu, die landesweiten Wahlen auf 2021 zu verschieben. Politische Mandate und Ämter wurden auf unbestimmte Zeit verlängert. In der Folge kam

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Politik und Activism . Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-444

E: themen@amnesty.de . W: www.amnesty.de

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFSWDE33XXX

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



es zu Protesten in mehreren Landesteilen, darunter auch in Oromia und Addis Abeba. Am 21. Juni 2021 fanden die Parlamentswahlen in Teilen Äthiopiens statt. In Tigray wurde aufgrund der Konfliktsituation jedoch nicht gewählt, in der Provinz Oromia boykottierten die Oppositionsparteien die Wahl. Insgesamt wurde in einem Fünftel der Wahlbezirke im ganzen Land nicht gewählt. Nach offiziellen Angaben gewann Abiys Partei 410 der 436 Sitze. In den Bezirken Hanari, SNNPR und Somali wurden die Wahlen am 30. September 2021 nachgeholt.

Die Regionalregierung in Tigray führte bereits am 9. September 2020 entgegen des nationalen Beschlusses Wahlen in Tigray durch, die von der äthiopischen Zentralregierung für rechtswidrig erklärt wurden. Dies führte zu wachsenden Spannungen mit der äthiopischen Regierung. Nach Beschluss des Militärlagers in Mekele durch die TPLF begann die Regierung am 4. November 2020 eine Militäroffensive gegen die TPLF und mit ihr verbündete Gruppen in Tigray. Die an Eritrea und den Sudan grenzende Region befindet sich seitdem in einem bewaffneten Konflikt, in den auch Eritrea als Verbündete der äthiopischen Regierung involviert ist. Der Konflikt löste eine humanitäre Krise in Tigray aus, welche sich inzwischen auf die Regionen Amhara und Afar ausgeweitet hat – nach UN-Angaben sind Millionen von Menschen von Hunger bedroht. Hilfsorganisationen wird jedoch der Zugang zu den betroffenen Regionen verwehrt, weswegen nur ein kleiner Bruchteil der benötigten Hilfen bei den Menschen ankommt. Des Weiteren ist der Konflikt von massiven Menschenrechtsverletzungen durch alle Konfliktparteien gekennzeichnet.

POSITIVE ENTWICKLUNGEN IM BEREICH MEINUNGS- UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Die Regierung unter Abiy Ahmed veranlasste ab 2018 die Freilassung tausender politischer Gefangener. Sie erlaubte die Rückkehr von Oppositionspolitiker_innen aus dem Exil sowie die Registrierung ihrer politischen Parteien, darunter auch die bis dahin als terroristische Vereinigung klassifizierte Oromo Liberation Front (OLF). Des Weiteren kündigte sie weitreichende Reformen an.

Abiy beendete den verhängten Ausnahmezustand nach vier statt der ursprünglich geplanten sechs Monate, wodurch Proteste wieder möglich wurden. In seinem ersten Amtsjahr kam es kaum zu kritischen Protesten.

Besonders im Bereich der Pressefreiheit zeigten sich unter der Regierung Abiy massive Verbesserungen. Ein Jahr nach seinem Amtsantritt waren keine Journalist_innen mehr in äthiopischen Gefängnissen, zum ersten Mal seit 2004. Medien der Diaspora, welche vorher gesperrt waren, hatten nun erstmalig die Möglichkeit, frei und kritisch zu berichten. Dazu entsperrte die Regierung 264 Internetseiten und mehrere vorher verbannte Medienfirmen wurden wieder in das Land gelassen.

Im Bereich der Justiz zeigten sich ebenfalls Fortschritte. Zumindest offiziell wurde von Folter in äthiopischen Gefängnissen abgesehen, wobei vergangene Verbrechen zwar nicht verfolgt, jedoch immerhin anerkannt wurden. Außerdem ging die Zahl an willkürlichen Verhaftungen stark zurück. Zudem wurden Gefangene erstmals von Richter_innen befragt, wie sie im Gefängnis behandelt werden und es wurde an einer verstärkten Unabhängigkeit der Justiz gearbeitet.

Bereits in Abiys erstem Amtsjahr wurde mehreren UN-Mitarbeitenden der Zutritt zum Land gewährt. Abiy hielt auch verschiedene Treffen mit Oppositionspolitiker_innen ab und erlaubte es allen im Exil Lebenden, zurückzukehren und ohne Einschränkungen zu arbeiten. Außerdem ernannte er die Führerin der Opposition und ehemalige gewaltlose politische Gefangene, Richterin und Anwältin Birtukan Midekssa, zur Leiterin der Wahlkommission.



Im März 2019 verabschiedete das Parlament die „Civil Society Proclamation No 1113/19“, welche alte Gesetze ersetzte und Beschränkungen für die Arbeit von NGOs beendete. So konnten NGOs wieder finanzielle Mittel aus dem Ausland empfangen, eingefrorene Konten wurden freigegeben und Menschenrechtsarbeit wurde wieder möglich.

EINSCHRÄNKUNGEN DER PRESSE- UND MEINUNGSFREIHEIT

Das umstrittene Anti-Terror-Gesetz wurde nicht überarbeitet, sondern weiterverwendet, um politische Feinde zu verfolgen, wie es beispielsweise mit mehr als 200 Menschen im Juni 2019 geschah. Sie wurden nach den Ermordungen von General Se'are Mekonnen und dem Regionalpräsidenten von Amhara, Ambachew Mekonnen, verhaftet, indem man ihnen einen versuchten Coup vorwarf. Nach monatelanger Gefangenschaft wurden die meisten wieder freigelassen, ohne je einem_r Richter_in vorgeführt worden zu sein, darunter auch 22 prominente Regierungskritiker_innen. Dieser Fall ist nur eines von vielen Beispielen, bei denen das Anti-Terror-Gesetz als Vorwand genutzt wurde, um Andersdenkenden ihre Grundrechte zu verwehren.

Im Januar 2020 verabschiedete die Regierung ein neues Anti-Terror-Gesetz, welches einige Verbesserungen zur vorherigen Version aufweist und die Rechte der Gefangenen besser schützen sollte. Jedoch wurde durch die neue Gesetzgebung, vor allem die „Hate Speech and Disinformation Proclamation“, das Recht auf freie Meinungsäußerung wieder eingeschränkt, da es strafrechtliche Sanktionen gegen jede_n ermöglicht, der Inhalte veröffentlicht, verbreitet oder auch nur kennt, die unter die extrem weit gefassten Definitionen von „Hassreden“ und „Falschinformationen“ fallen. Außerdem verpflichtet das Gesetz soziale Mediendienste zur Überwachung und Entfernung von unliebsamen Inhalten, also zur Zensur.

Journalist_innen haben Amnesty International von Angriffen und Belästigung berichtet, wenn sie über bestimmte Themen berichten wollten. Im Februar 2019 wurden zwei Journalist_innen von Mereja TV, einer der Internetseiten, die erst durch Abiy wieder freigegeben wurden, außerhalb von Addis Abeba verhaftet, als sie über den Abriss von Häusern durch die Behörden berichten wollten, der zur rechtswidrigen Zwangsräumung von Bewohner_innen geführt hatte. Obwohl sie nach bereits einer Stunde wieder freigelassen wurden, wurden sie direkt im Anschluss daran von einer Gruppe junger Männer attackiert, wogegen die anwesenden Polizist_innen nichts unternahmen. Im August desselben Jahres wurden acht Menschen in der Hauptstadt verhaftet, die an der Veröffentlichung und Verbreitung eines Buches namens „The Hijacked Revolution“, beteiligt waren. Das Buch behandelt die wachsenden Unstimmigkeiten zwischen Abiy und dem Rest seiner Partei und wirft dem Premier vor, sein eigenes Volk, die Omoro, im Stich gelassen zu haben. Die Verhafteten wurden von der Polizei bedrängt, die Autor_innenschaft des Buches zu verraten und blieben für Wochen, der Verleger für Monate, in Haft. Nur kurze Zeit später, im September 2019, wurden fünf Journalist_innen, die für das Onlinemedium „Segele Qerro Bilisuma“ arbeiteten, für über zwei Monate unter Anschuldigungen des Terrorismus festgehalten.

Im März 2020 wurden drei Politiker_innen und zwei Journalist_innen des Oromo News Network (ONN) im Zentrum des Landes verhaftet, nachdem sie den ehemaligen Anführer der OLF, Abdi Regassa, in Haft besucht hatten. Ihr Auto war von einem Polizisten angehalten worden, was auf der Straße einen Auffahrunfall verursachte. Daraufhin wurden alle Insass_innen wegen des Unfalls verhaftet, die Anklage wurde jedoch bereits Ende des Monats fallengelassen. Trotzdem blieben die fünf Personen weiter in Polizeigewahrsam und nur einer Person wurde Zugang zu Rechtsbeistand gewährt.

Im Januar 2020 wurden 75 OLF-Unterstützer_innen in der Oromia Region festgenommen, darunter auch Chaltu Takele, eine berühmte politische Aktivistin. Sie wurde gemeinsam mit den anderen für mehrere



Monate festgehalten, ohne einem_r Richter_in vorgestellt zu werden. Im Mai 2021 wurde der Vorsitzende der OLF, Dawud Ibsa, in seinem Haus in Addis Abeba unter Hausarrest gestellt. Die Polizei hatte sein Haus durchsucht und Elektronik beschlagnahmt, eine Anklage wurde nicht erhoben. Wiederholt wird über ähnliche Fälle berichtet – Festnahmen von Oppositionellen und/oder Journalist_innen, die anschließend entweder längere Zeit festgehalten oder nach nur wenigen Tagen ohne Anklage freigelassen werden. Wenn es zu Anklagen kommt, handelt es sich dabei meistens entweder um Anklagen wegen Anstiftung zur Gewalt oder um Lappalien wie Verkehrsdelikte oder fehlerhafte Ausweisdokumente.

Neben den traditionellen Medien gewinnt das Internet vermehrt an Bedeutung. Die Regierung nutzte das wachsende Problem von Hate Speech auf Plattformen wie Facebook zur Verabschiedung neuer Zensurgesetze. Amnesty befürchtet, dass damit auch legitime Regierungskritik eingeschränkt oder verboten werden könnte. Des Weiteren hat die Regierung bereits im September 2018 das Internet in Regionen abgeschaltet, in denen Proteste stattfanden. Besonders die Region Tigray ist seit Beginn des Konfliktes im November 2020 beinahe durchgehend vom Internet abgeschnitten.

DAS RECHT AUF VERSAMMLUNGSFREIHEIT UND POLIZEIGEWALT

Nachdem es im ersten Jahr der Amtszeit Abiys zunächst zu größtenteils friedlichen Protesten kam, zeichneten sich auch hier Rückschritte ab. Schon Ende 2018 wurde den Sicherheitskräften erneut die Anwendung exzessiver Gewalt vorgeworfen, wie beispielsweise im September, als bei Protesten in und um Burayu Gewalt ausbrach und mindestens 23 Menschen getötet wurden. Außerdem werden Protestersuchen innerhalb der Hauptstadt oft keine Genehmigungen gewährt.

Seit 2018 beobachtet Amnesty vermehrt ethnische Spannungen im Land. Durch ethnisch motivierte Angriffe kam es regelmäßig zu Ausschreitungen und Protesten, bei denen die Polizei häufig nicht ihrer Verantwortung zum Schutz der Bevölkerung nachkam und Zivilist_innen aktiv verletzte oder gar tötete. Im September nach Abiys Amtsantritt wurden fünf Menschen von der Polizei in Addis Abeba erschossen, die sich an Protesten gegen die Untätigkeit der Regierung gegenüber ethnischer Gewalt beteiligt hatten. Bedrohten Minderheiten wurde während der Ausschreitungen wiederholt kein Schutz von staatlicher Seite gewährt.

Im Januar 2019 töteten Mitglieder der äthiopischen Armee mindestens neun Protestierende in der Amhara-Region, darunter drei Kinder. Im Oktober 2019 wurden mindestens zwölf Menschen von Sicherheitskräften getötet, als sie in Ambo und Adama gegen die Entscheidung der Regierung, einem politischen Aktivisten den Schutz zu entziehen, demonstrierten. Zwischen Dezember 2018 und Dezember 2019 bestätigte Amnesty International mindestens 140 außergerichtliche Tötungen in den Regionen Amhara und Oromia, tausende Menschen wurden willkürlich verhaftet, manchmal ganze Familien auf einmal. Dabei reichte bereits der Verdacht aus, Oppositionsparteien zu unterstützen, um verhaftet zu werden. Konnte die zu verhaftende Person nicht gefunden werden, wurde stattdessen oft die Familie in Gewahrsam genommen, die Angehörigen waren dann Schlägen und anderen Misshandlungen ausgesetzt.

Im Jahr 2019 wurden wiederholt von Sicherheitskräften sowohl vermutete als auch tatsächliche Mitglieder des Wolkait Amhara Identity Committee in Tigray zum Angriffsziel erklärt, nachdem diese gefordert hatten, das Wolkait Distrikt sollte Teil der Amhara-Region werden. Nach den Berichten von Augenzeug_innen wurden die Opfer festgenommen und -gehalten, gefoltert und anderweitig misshandelt, als Grund für diese Maßnahmen reichte die Zugehörigkeit zur Amharischen Volksgruppe, das Sprechen der amharischen Sprache oder das Hören von amharischer Musik.



Im Januar 2020 wurden mindestens 75 Unterstützer_innen der Oromo Liberation Front (OLF) in Oromia verhaftet, da die äthiopischen Behörden im Vorfeld der Parlamentswahlen gegen abweichende politische Ansichten vorgingen und Aktivist_innen der Opposition inhaftierten. Im Februar 2020 stürmte die Liyu-Polizei eine Veranstaltung der OLF in deren Büro in Welenchiti, wobei sie mit scharfer Munition und Tränengas gegen die Teilnehmenden vorging. Dabei wurde mindestens ein Mensch getötet, viele weitere wurden verletzt. Noch am selben Tag wurde eine zweite Veranstaltung der OLF in Burayu von der Liyu-Polizei aufgelöst, wobei ebenfalls mindestens eine Person getötet wurde. 30 weitere wurden mit Polizeifahrzeugen in ein Stadion gebracht, wo sie wiederholt geschlagen und zum Rundenlaufen auf ihren Knien gezwungen wurden.

Im Juni 2020 kam es nach dem Tod von Hachalu Hundessa, eines beliebten Musikers aus Oromia, zu mehreren Demonstrationen, die von den Sicherheitskräften gewaltsam zerschlagen wurden. Dabei wurden mindestens 177 Menschen getötet und mehr als 5000 verhaftet, deren Aufenthaltsort lange unbekannt blieb. Unter den Verhafteten waren auch Oppositionspolitiker_innen und Journalist_innen, darunter Jawar Mohammed, Gründer des Oromia Media Network (OMN) und Mitglied der OFC, und der stellvertretende Vorsitzende Bekele Gerba. Die Anklage lautet auf „versuchten Mord an OPDO-Beamten (jetzt Prosperity Party)“, „Anstiftung zu Gewalt“ und „Mord an einem Polizeibeamten“. Unter den Inhaftierten waren auch die führenden Oromo-Oppositionspolitiker Eskinder Nega und Sintayehu Chekol. Eskinder Nega, Jawar Mohammed und Bekele Gerba wurden am 7. Januar 2022 aus der Haft entlassen, um sich am Prozess des nationalen Dialogs zu beteiligen. "Der Schlüssel zu einem dauerhaften Frieden ist der Dialog", heißt es in einer Erklärung des Kommunikationsbüros der Regierung. "Eine der moralischen Verpflichtungen eines Siegers ist Barmherzigkeit". Eskinder Nega berichtete Vertreter_innen der Äthiopischen Menschenrechtskommission von Angriffen in der Haft auf ihn.

Im August 2020 kam es nach einer Reihe willkürlicher Verhaftungen von Lokalpolitiker_innen und Aktivist_innen in der Wolaita-Region zu mehreren Protesten, die gewaltsam zerschlagen wurden, wobei mindestens 16 Menschen an verschiedenen Orten ums Leben kamen. Begründet wurden die Verhaftungen damit, dass gegen COVID-19-Maßnahmen verstoßen worden sei.

VERLETZUNG DER MEINUNGSFREIHEIT IM TIGRAY-KONFLIKT

Auch in Addis Abeba werden Menschen mit tigrayischer Herkunft Opfer von Gewalt und Verfolgung. So wurden beispielsweise im Juli 2021 mindestens 26 Tigrayer_innen ohne zureichende Gründe in einer Polizeistation festgehalten, wo sie körperlichen Misshandlungen ausgesetzt waren.

Im Oktober 2021 spitzte sich der Disput zwischen der äthiopischen Regierung und der UN weiter zu, als sieben Mitarbeiter_innen von UN OCHA, UNICEF und dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte aufgefordert wurden, das Land aufgrund von fehlenden Aufenthaltsberechtigungen binnen 72 Stunden zu verlassen. UN-Generalsekretär António Guterres reagierte schockiert und forderte die Regierung dazu auf, humanitäre Arbeiten im Land nicht weiter zu behindern.

Der im November 2021 erlassene Ausnahmezustand erlaubt es den Behörden, jede Person ohne Haftbefehl zu verhaften, wenn der „begründete Verdacht“ besteht, dass sie mit „terroristischen Gruppen“ zusammenarbeitet und sie ohne gerichtliche Überprüfung so lange festzuhalten, wie die Proklamation in Kraft ist. Die Notstandsverordnung ermöglicht es, die Lizenzen von NGOs und Medien auszusetzen oder sie ihnen zu entziehen, wenn sie im Verdacht stehen, „terroristische Organisationen“ direkt oder indirekt „materiell“ oder „moralisch“ zu unterstützen – Begriffe, die nicht genau definiert sind und weit ausgelegt werden können. Außerdem wurde ein Registrierungsprozess für NGOs eingeführt, der Spielraum lässt, das Registrierungsverfahren hinauszuzögern und somit die Arbeit von NGOs einzuschränken. Die



Notstandsverfügung erlaubt auch das Verbot jeglicher Form der Meinungsäußerung, die sich gegen die „Durchführung des Notstands und den Zweck der Verordnung“ richtet und stellt die Unabhängigkeit der Justiz in Frage. Der weitreichende Charakter dieses Ausnahmezustands ist eine Blaupause für Menschenrechtsverletzungen, einschließlich willkürlicher Verhaftungen, insbesondere von Menschenrechtsverteidiger_innen, Journalist_innen, Minderheiten und Regierungskritiker_innen. Und er setzt die Inhaftierten einem erhöhten Risiko von Folter und anderen Misshandlungen aus.

Zu Beginn des Jahres 2021 dokumentierte Amnesty International Massenverhaftungen und willkürliche Inhaftierungen von Tigrayer_innen, darunter Journalist_innen und ein Menschenrechtsaktivist, denen die Regierung Verbindungen zur TPLF unterstellte. Im Herbst des Jahres häuften sich derartige Berichte: Am 12. November 2021 berichtete Amnesty International, dass äthiopische Sicherheitskräfte in der Hauptstadt Addis Abeba willkürliche Verhaftungen und Massenverhaftungen von Tigrayer_innen – darunter auch Kinder und ältere Menschen – als Teil einer eskalierenden Razzia durchgeführt haben. Die meisten Gefangenen werden ohne Anklage oder Zugang zu Rechtsbeistand festgehalten. Die Verhaftungen erfolgen durch Hausdurchsuchungen der Sicherheitskräfte mit Unterstützung von Bürgerwehrguppen, die die Ausweise der Menschen auf der Straße überprüfen. Die Festgenommenen, darunter Beamte_innen, orthodoxe Priester und ein Rechtsanwalt, werden in Jugendzentren und anderen informellen Haftanstalten in ganz Addis Abeba festgehalten, da die Polizeistationen überfüllt sind.

Am Montag, den 8. November 2021, äußerte sich die äthiopische Menschenrechtskommission besorgt über die Inhaftierung von Zivilist_innen in verschiedenen Teilen des Landes. Die Kommission erklärte, die Verhaftungen stünden im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand. Die Menschenrechtskommission sagte, dass die Tigrayer_innen ins Visier genommen würden und forderte die Polizei auf, die Menschenrechte zu achten und den Verhafteten Familienbesuch zu erlauben.

Am 17. November 2021 veröffentlichte das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen einen Bericht, demzufolge mindestens 1.000 Menschen, zumeist Tigrayer_innen, verhaftet wurden, seit die Regierung am 2. November 2021 einen sechsmonatigen Ausnahmezustand verhängt hatte. In dem Bericht heißt es, die Haftbedingungen seien allgemein schlecht und viele Häftlinge würden in überfüllten Polizeistationen festgehalten.

Der Ausnahmezustand wurde mit großer Mehrheit vom äthiopischen Parlament auf Vorschlag des Kabinetts vorzeitig am 15. Februar 2022 aufgehoben. Wie sich der sofort wirksame Beschluss auf die Menschenrechtssituation und die Meinungsfreiheit auswirkt, konnte bei Redaktionsschluss dieses Berichtes noch nicht beurteilt werden. Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Berichtes befinden sich die während des Ausnahmezustandes Verhafteten nach wie vor in Gefangenschaft.

Amnesty International hat in jüngster Zeit einen deutlichen Anstieg an Posts in den sozialen Medien festgestellt, in denen zu Gewalt gegen Tigrayer_innen aufgerufen wird und diese verunglimpft werden. Einige dieser Posts bleiben trotz des hetzerischen Inhaltes unkontrolliert. Laut der Analyse einer lokalen Menschenrechtsorganisation gehörten einflussreiche Personen wie Journalist_innen und Politiker_innen zu denjenigen, die diese Beiträge teilten und die Social-Media-Plattformen entfernen sie nur langsam. So rief Abiy Ahmed in einem Facebook-Post zu Waffengewalt auf.



AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT

Amnesty International fordert von der äthiopischen Regierung:

- Sicherzustellen, dass unabhängige Menschenrechtsorganisationen wie der Ethiopian Human Rights Council und Journalist_innen Zugang zur Konfliktregion erhalten, um über Menschenrechtsverletzungen recherchieren und berichten zu können;
- Journalist_innen und Menschenrechtsaktivist_innen, die in Addis Abeba oder anderen Teilen Äthiopiens zum Konflikt in Nordäthiopien arbeiten, zu schützen und ihre Meinungs- und Pressefreiheit zu garantieren;
- Willkürliche Verhaftungen von Journalist_innen und Menschenrechtsaktivist_innen aufgrund ihrer Arbeit zum Konflikt in Nordäthiopien zu beenden und alle Personen freizulassen, die lediglich aus politischen oder ethnischen Gründen inhaftiert sind.
- In den sozialen Medien nicht zu Gewalt und Hass aufzurufen und öffentlich alle Bürger_innen dazu aufzurufen, von Aussagen, die Gewalt und Hass schüren, abzusehen.

